

Krankenkassen in Not: Droht Deutschland eine Zahlungsunfähigkeit?

Krankenkassen warnen vor Zahlungsunfähigkeit, während das Defizit auf sechs Milliarden Euro steigt. Maßnahmen dringend nötig!

Deutschland - Die Lage der Krankenkassen in Deutschland hat sich dramatisch verschärft, warnen führende Vertreter der Branche. Laut Andreas Storm, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Angestellten Kasse (DAK), ist die Finanzsituation „katastrophal“ und könnte bald zum Domino-Effekt führen, wo mehrere Kassen in die Zahlungsunfähigkeit rutschen. Storm verdeutlicht die Schwere der Krise, indem er die aktuelle Situation mit der Bankenkrise von 2008 vergleicht und betont, dass ein Zusammenbruch von Kassen mit über einer Million Versicherten das gesamte Gesundheitssystem gefährden könnte. Dies berichtet unter anderem die **Österreichische Nachrichten**.

Gerade in der Pflegeversicherung ist die finanzielle Lage alarmierend. Die Schätzungen der Krankenkassen für das Defizit im Jahr 2024 belaufen sich auf über sechs Milliarden Euro, was weit über den ursprünglichen Erwartungen der Kassen liegt. Jens Baas, der Chef der Techniker Krankenkasse (TK), kritisierte, dass die Politik angesichts der anhaltenden finanziellen Probleme untätig bleibe. Er weist auf den erheblichen Kostenunterschied hin, den die Kassen für das Bürgergeld tragen müssen. Bei einem Zuschuss von 100 Euro pro Bürgergeldempfänger entstünden Kosten von über 300 Euro, was bedeutet, dass die Differenz von Versicherten und Arbeitgebern übernommen werden muss, während privat Versicherte außen vor bleiben.

Diese Informationen wurden in einem Artikel der **Stuttgarter Nachrichten** veröffentlicht.

Besonders kritisch wird die Situation, weil die Reserven der Krankenkassen auf einem historischen Tiefstand sind. Aktuell können diese nur die Ausgaben für etwa 2,5 Tage abdecken. Storm fordert deshalb rasche politische Gegenmaßnahmen, um die Krankenkassen unmittelbar zu stabilisieren. Er weist darauf hin, dass die anhaltenden Defizite auch die gesetzlichen Pflegekassen betreffen, die voraussichtlich ein Defizit von 1,54 Milliarden Euro in 2024 erreichen werden. Der Erhöhungsbeschluss der Beitragssätze zu Jahresbeginn wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Deutschland
Schaden in €	6000000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.stuttgarter-nachrichten.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at